Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.60 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 12.00 Mark, monatlich 4.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie die Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamezeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 100 Pfg., sonst 120 Pfg. Für gerichtlich vorgeschriebene Anzeigen entsprechender Betrag. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm., für Fehler infolge Ausfalls oder Undeutlichkeit kann keine Gewähr übernommen werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich geschrieben ist.

Nr. 17. Freitag, den 21. Januar 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Nach der deutschen Antwort auf die Brüsseler Fragen hat der deutsche Notenumlauf im ersten Halbjahre 1920 mehr zugenommen als im ganzen Jahre 1919.

•

Die deutsche Abordnung für Brüssel ist wieder nach Berlin zurückgekehrt, nachdem die Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind.

•

Eine Erhöhung der Getreidepreise im laufenden Wirtschaftsjahr wird amtlich als ausgeschlossen bezeichnet.

•

Die Deutschböhmen haben in einem warmen Telegramm an den Präsidenten Ebert ihre deutschen Gefühle für das Mutterland betont.

•

Die italienische Regierung hat in Paris und London erklären lassen, daß sie gegen einen wirtschaftlichen Zusammenschluß Oesterreichs und Deutschlands keine Bedenken habe, um die österreichische Lage zu sanieren.

Die Wahrheit über den Völkerbund

Von Jerome K. Jerome.

Diese flammende Anklage des berühmten englischen Schriftstellers gelangt in der nächsten Nummer der Weltbühne zur Veröffentlichung.

Der Völkerbund ist tot — es lebe der Völkerbund! So sprach Harding, und mit ihm sagen dies alle Freunde des Friedens, alle Hasser des Hasses. Verseucht von ererbten Krankheiten, mit wurmzerfressenem Leib und geschminkter Fratze sitzt der Völkerbund, von Kissen gestützt, auf dem Ehrenstuhl am Tische des Rates in Genf. Die Vorhänge sind herabgelassen, die Türen versperrt. Die grinsenden Diplomaten einer sterbenden Welt spielten ihre feierliche Posse zu Ende. Der Bund dreier Nationen — der Bund Englands, Frankreichs und Japans vereinigt, um die Welt zu plündern — ist tot. Dieser hirnlose Wechselbalg, geboren während der Greuel von Versailles, dessen Vater der Haß, dessen Mutter der Krieg ist, dessen Taufpaten Sünde und Reichtum sind, dieser Sprößling des Teufels, gehegt von der Heuchelei, genährt von Lügen, dieser Bastard der Habgier und der Rache, den die großen Vier in Fetzen vom blutenden Leib des Friedens hüllten, glaubend, ihn derart als Kind des Friedens ausgeben zu können — er ist tot. Amerika hat sein Bildnis an der Türschwelle des Präsidenten Harding begraben. Europa wird gut daran tun, die anderen Ueberreste zu begraben und zu vergessen, auf daß die Luft Europas weniger in die Nüstern stinke.

•

Es ist verblüffend, schier unglaublich, daß intelligente Menschen sich je von diesem Betrug narren ließen, als ob aus etwas so Schlechtem Gutes entstehen könne. Der Völkerbund, geschmiedet von den listigen Gehirnen der Greise zu Versailles, war von allem Anfang ein Kniff. War nie als Bund des Friedens gedacht. Man erhoffte einen Bund der Sieger, zur ewigen Unterdrückung der Besiegten. Man erstrebte einen Bund der Herrscher der Welt zur ewigen Versklavung der Arbeiter. Es sollte ein Bund der Starken sein, der die schwächeren Nationen hindern wollte, auch nur das Haupt zu erheben. Ein Bund, der Männer und Frauen als Vieh behandeln, ihnen nicht das Selbstbestimmungsrecht gewähren wollte: ein Gebiet mit Millionen Deutschen — den lebenden Waren — an Polen, an Frankreich, an Jugoslavien, die Gebirgler Tirols an Italien, halb Ungarn an Rumänien verschachert, als Preis für die richtige Vorausahnung des Siegers; bulgarische Bauern werden Griechenland geschenkt, als Beweis der Hochachtung und Sympathie der Entente; unsere arabischen Alliierten werden zwischen uns und Frankreich geteilt; das chinesische Volk wird an Japan verkauft — der Preis ist bloß noch nicht festgesetzt. Der herrliche Völkerbund sollte ein Werkzeug sein, um den Schandtaten von Versailles auf alle Ewigkeit Dauer zu verleihen. Er sollte ein Bund sein, der der Plutokratie die Welt sichert, sie von allen Gefahren der Demokratie befreit. Er sollte ein Bund sein — dieser Bund der drei Nationen —, der ganz Europa unter Frankreichs Stiefel wirft, halb Asien an Japan verpachtet, alle Meere der Erde in einen englischen See verwandelt. Er sollte ein Bund sein, der die Freiheit in Ketten schlägt, den Militarismus auf das Volk losläßt. Schon sehen wir seine blutige Spur in Indien und Irland. Den Zweck des unheiligen Bündnisses können wir beurteilen, wenn wir an Polen und an Rußlands lange Agonie denken. Fragt Armenien, ob nicht der Zweck des Völkerbundes der Krieg ist. Schlechte Menschen zeugten ihn, um mit ihm Böses zu tun. Solange er noch atmete, konnte nichts erreicht werden. Noch heute verrammelt seine Leiche der Welt den Weg. Möge sie begraben werden, viele Fuß tief unter der Erde. Und möge darauf geachtet werden, daß Kalk auf die Grube gestreut werde, damit nicht aus dem Sarg der Verwesungsgeruch die Welt verpeste.

•

Und dann laßt uns einen Bund der Völker schaffen, der Wahrheit und keine Lüge ist. Ohne ihn muß die Welt zugrunde gehen. Der Krebs des Hasses hat sich in unsere Eingeweide eingefressen: wird er nicht schleunigst entfernt, so sind wir verloren. Und dennoch können unsere Politiker und unsere Presse nichts anderes tun, als nach Haß schreien. Sie fordern unsere jungen Männer auf, sich auf neue Kriege vorzubereiten. Was fällt unseren Männern der Wissenschaft ein, daß sie mit friedlichem Studium die Zeit vergeuden? Mögen sie doch lieber noch tödlichere Gifte, neue Methoden der Zerstörung erfinden, vor denen die ehrgeizigsten Träume des Todes selbst verblassen müssen. Die Herrschaft über das Land, das Meer, die Luft: sind sie denn nicht dem Menschen gegeben, auf daß er um so rascher die Rasse ausrotte? Von Europa allein wurden in dem Krieg, der heut noch kein Ende gefunden hat, zwanzig Millionen Leben geopfert. In dem Krieg, den wir vorbereiten, werden es, dies wissen wir alle, vierzig Millionen sein. Wir haben keine Furcht. Wir können uns leisten, noch vierzig Millionen unserer Söhne zu verlieren: so prahlen die alten Männer Europas und reiben sich die knochigen Hände. Haben die Götter, die uns vernichten wollen, uns zuerst wahnsinnig gemacht? Haben uns unsere bösen Leidenschaften in verrückte Schweine verwandelt und treiben sie uns, gleich jener Schweineherde von Gadara, der Selbstzerstörung entgegen? Noch immer ist der Mann, der uns neuen Metzeleien entgegenführt, unser Idol — noch immer wird der Mann, der den Frieden verkündet, verachtet. Die blinden Führer der Blinden rufen: Die Lava kühlt aus! — und drängen immer näher an den Rand des Kraters. So war einst die Lava ausgekühlt über dem Trümmerhaufen, der vormals Pompeji gewesen. So wird sie einst auskühlen über dem, was einmal Europa war. Und die unter der Asche begrabenen Völker werden endlich den Frieden haben.

Festsetzung der Gesamtentschädigung oder nicht?

Ministerpräsident Briand beim deutschen Botschafter.

Am 18. d. M. abend hat der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris aufgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die der Reparationen besprochen. Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, daß Deutschland bisher immer daran festgehalten habe, daß seine Gesamtschuld festgesetzt werden müsse. Dies hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könne. Wenn man eine Lösung nur für etwa fünf Jahre treffe, so sei dies insofern mißlich, als das deutsche Volk dann noch immer kein Ende absehen und fürchten würde, umso mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe die deutsche Regierung sich auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, welche in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden sind, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems zunächst nur auf eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Kohlenlieferungen mehr als einen Teil der von uns verlangten Summe und anders als in natura zu leisten. Ministerpräsident Briand gab darauf seiner Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

Die Vorschläge der Entente.

Jahreszahlungen von drei Milliarden, 300000 Tonnen Handelsschiffsraum erlassen.

Echo de Paris teilt in einem Artikel mit, daß die Brüsseler Sachverständigen der Alliierten am 18. d. M. in der Reparationsfrage ihre Vorschläge dem Obersten Rat mitgeteilt haben. Sie raten darin, von Deutschland 5 Jahreszahlungen von 3 Milliarden Goldmark zu verlangen, die teils in bar, teils in natura gezahlt werden sollen. Eine Festsetzung der deutschen Schuld bis zum 1. Mai 1921 findet nicht statt. Die Deutschen sollen gewisse Konzessionen erhalten. So sollen ihnen die 300000 Tonnen Handelsschiffsraum, welche sie den Alliierten noch schulden, erlassen werden. Ob die Kosten der Okkupationsarmee, die nicht mehr als 240 Millionen Goldmark betragen würden, in die Jahreszahlungen verrechnet werden, steht noch nicht fest. Für den Fall, daß Deutschland sein Wort nicht hält, sind Sanktionen vorgesehen, Beschlagnahme der Zölle, Beschlagnahme oder Einrichtung verschiedener Monopole, wie z. B. das Salzmonopol. Lord Abernon habe hervorgehoben, daß, wenn die deutsche Schuld nicht endgültig bis zum 1. Mai festgesetzt sei, man in Widerspruch mit dem Friedensvertrag von Versailles komme. Diese Abänderung des Friedensvertrages müßte die Zustimmung der anderen Länder, in erster Linie Deutschlands, erhalten.

Ueber die Verhandlungen mit Bergmann teilt das Echo noch mit, daß dieser am Dienstag erklärt habe, er nehme die Jahreszahlungen an, aber nur in Höhe von 2 Milliarden Goldmark jährlich, wobei die Barzahlungen nicht mehr als 500 Millionen betragen dürften. Außerdem habe er noch allerhand Zugeständnisse verlangt. Die Alliierten hätten sich daraufhin entschlossen, ihr Programm festzusetzen, ohne weiter den Versuch zu machen, mit den Deutschen zu einem Einverständnis zu kommen. Echo de Paris bekämpft das Programm der Alliierten und tritt wieder für die Pauschalsumme ein.

Nur ein Fühler.

Morning Standard bringt unter der Ueberschrift: Keinerlei neue Grundlage für Entschädigung — die von maßgebender Seite herrührende Mitteilung, daß die in einem Teil der Berliner Presse erschienenen Vorschläge Deutschlands über eine neue Grundlage für die Entschädigungsfrage in London als Fühler betrachtet werden. Bezüglich dieser Vorschläge sei es keineswegs zu irgend einer Abmachung zwischen England und Frankreich gekommen. Es habe auch weder eine Erörterung darüber stattgefunden, daß auf fünf Jahre verteilte Zahlungen stattfinden sollen, noch habe die Frage der Bezahlung durch Waren den Alliierten irgendwie vorgelegen. Solche Vorschläge würden zurückgewiesen werden.

Wo bleibt das Schlichtungsgesetz?

Von unserem Berliner Mitarbeiter wird uns geschrieben: Zu Beginn der Beratung eines Etats im Haushaltsausschuß des Reichstages hatte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns einen recht lebhaften Kampf auszufechten, weil man ihn von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam machte, daß das Koalitionsrecht und die Freiheit der Arbeiterschaft durch linksradikale Terrorakte so gut wie illusorisch gemacht würden. Man führte eine lange Reihe von oft in der Tat skandalösen Fällen an, wo kommunistische Elemente innerhalb der Betriebsräte und der Belegschaften Arbeitskollegen, die politisch mehr rechts standen, auf die Straße geworfen haben. Dr. Brauns erklärte demgegenüber, daß von seinem Ministerium alles geschehe, um das Koalitionsrecht vor jeder Beeinträchtigung zu schützen, und daß er in diesem Bestreben bei den großen Arbeiterorganisationen auch vollstes Verständnis und alle Unterstützung fände. Aber es war trotzdem begreiflich, daß von demokratischer Seite wieder der Ruf nach der Schlichtungsordnung erschallte, d. h. also nach dem Gesetz, durch das in erster Linie die wirklich entscheidenden Streitfragen innerhalb der Arbeiterschaft der endgültigen Lösung zugeführt werden sollen, denn natürlich darf das Streikrecht innerhalb des gesamten Arbeiterrechts einen besonderen Platz beanspruchen und auch die Frage der politischen Richtung eines Arbeiters verliert an Schärfe wenn diese Hauptfrage in vorgeschriebenen Bahnen und bei allen vorkommenden Gelegenheiten behandelt wird. Wie behauptet wird, soll das Schlichtungsgesetz nunmehr in absehbarer Zeit im Plenum des Reichstages zur Erörterung gestellt werden, und das kann umso leichter geschehen, als dieses Gesetz ja mit keinen besonderen Geldaufwendungen verbunden ist, eine Unterfrage, die ja in der Sozialgesetzgebung der Gegenwart eine große Rolle spielt. Nicht mit Unrecht hat man nämlich gesagt, daß zurzeit an einen Ausbau der sozialen Gesetzgebung kaum gedacht werden kann, und daß Dr. Brauns deshalb auch mehr von einer Erweiterung gesprochen habe. Sein Programm brachte demgemäß auch nur Vorschläge, und er denkt in erster Linie an den Ausbau der Rätegesetzgebung, während die nicht minder notwendige Arbeitslosenversicherung aus den erwähnten Gründen noch zurückgestellt werden muß. Aber noch einmal sei es gesagt: wichtiger als alle anderen Entwürfe ist das Problem der schiedsgerichtlichen Behandlung der Materie in Fällen neuer Streiks, weil nur so die schweren Beeinträchtigungen des Wirtschaftslebens in Zukunft unterbunden werden können, unter denen wir in der letzten Zeit so ungemein gelitten haben.

Das Problem der Pazifik.

Nv. Der Ausgang des Weltkrieges hat auch das Problem des Stillen Ozeans in eine neue Beleuchtung gerückt. Man weiß, daß durch die Beteiligung der englischen Dominions an den Kämpfen auf den französischen Schlachtfeldern, deren Stellung zum englischen Gesamtimperium eine grundlegende Aenderung in der Richtung auf eine größere Verselbständigung der politischen Großkolonien zur Folge hatte. Im besonderen war ja die Haltung Kanadas gegenüber England jederzeit durch seine Lage inmitten des amerikanischen Kontinents bedingt. Wie nicht anders zu erwarten, mußte Kanada seine Politik dadurch bestimmen lassen, daß seine wirtschaftlichen Interessen sehr wesentlich durch die der Vereinigten Staaten beeinflußt sind, und auf Grund dieses Umstandes mußte die Nachricht große Aufmerksamkeit erwecken, daß nach der Meldung eines Newyorker großen Blattes Kanada in ausschlaggebender Weise in den Rahmen eines neuen Programms strategischer Umorganisation einbezogen werden würde, das ungefähr im März 1920 vom Marine-Departement der Vereinigten Staaten ausgearbeitet worden ist und zurzeit durchgeführt wird. Amerika vermindert seinen Einheitenstand auf den Atlantischen